



# Belegschaftsinfo

Nr. 157, 27. Okt. 2004

## Information der Belegschaftsliste

für die Beschäftigten bei Bayer Wuppertal

### Verschobene Verkündigungen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, an dieser Stelle hatten wir unseren Kommentar zu den geplanten Bayer-Ankündigungen vorgesehen. Da sich die Entscheidungen mehrfach verzögert haben, können wir nur von dem Wenigen berichten, das uns auf anderem Wege zu Ohren gekommen ist.



und wie sein Vorgänger Burkardt Vertreter im Management Committee, der sich kürzlich beim Betriebsrat vorstellte, legte dar, dass die F&E-Kosten von 25% auf 20 % des Umsatzes gesenkt werden sollen. Es werde

angekündigten Verkündigungen seit Monaten auf die Folter gespannt werden, wurde der unerwartete Personalabbau im Werk an der Wupper kurz und schmerzhaft kommuniziert: 16 Mitarbeiter seien in Geb. 80 und 22 in den Geb. 64 und 131 betroffen. Dass dies auch für die im Pool befindlichen, aber in der VE

eingesetzten Ausgebildeten eine fatale Perspektive ist, versteht sich von selbst.

#### Nicht nur Forschung betroffen

Allgemein war angenommen worden, dass die zu erwartenden "Maßnahmen" im Wesentlichen die Forschung betreffen. Aber eigentlich ist es nicht verwunderlich, dass die Einschnitte in der Forschung und Entwicklung ihre Konsequenzen auch in "Operations" d.h. Produktion und Verfahrensentwicklung haben: Weniger Entwicklungskandidaten bedeuten weniger Ausfluss in der VE und den Betrieben.

Herr Placke, neuer Produktionsleiter



strukturelle Änderungen und weitere "deutliche" Einsparungen geben, die sicher viel Diskussionen auslösen.

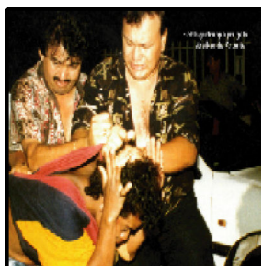
Herr Placke stellte außerdem vor, dass OP beabsichtige, das Produktionsverfahren von Trasylol umzustellen. Das rekombinante (gentechnisch veränderte) Produkt würde dann das klassische Verfahren ablösen; und unserer Meinung nach sicher mit weniger Arbeitsplätzen auskommen. Die Entscheidung soll bis Jahresende getroffen werden.

Während die KollegInnen im Forschungszentrum nun mit

#### "Gehen Sie doch nach Basel!"

Ein toller Ratschlag, mit dem sich Herr Pott, Arbeitsdirektor der Bayer-Holding, allerdings Sympathien der Leitenden auf der Versammlung am 8. Oktober verscherzt hat. Auch die Aufforderung, Ersparnis vom reichen Onkel in den Kauf des West Havener Forschungszentrum zu stecken, fanden die meisten Anwesenden nicht so lustig. Unserer Meinung nach kommt darin der Zynismus eines Vorstandsmitgliedes zum Ausdruck, der

Fortsetzung auf Seite 2 ->



**27.10.2004**  
**Ort:**  
**Ver.di, DGB,**  
**Grünstr. 30,**  
**Wuppertal**  
**Zeit: 19:00**

In keinem anderen Land der Erde werden mehr Gewerkschafterinnen und Gewerkschafer umgebracht, wie in Kolumbien. In Europa nimmt dies kaum jemand zur Kenntnis. Die Erfahrungen und die Berichte von Menschenrechtlern aber zeigen: Regierungen, die Menschen „verschwinden lassen“, scheuen nichts mehr als die Öffentlichkeit, gerade auch die in Europa. Schauen wir also hin und hören wir zu wenn Edgar Paez kommt. Der internationale Sekretär der Lebensmittelgewerkschaft Sinaltrainal wird unmittelbar über die Situation in Kolumbien berichten und mit uns diskutieren.



#### VEKT-Verhandlungen : übertarifliche Jahresprämie bleibt - noch

Am 11. Oktober 2004 verhandelten Vertreter des Gesamtbetriebsrates mit dem Unternehmen über neue Konditionen einer VEKT-Regelung ab 2005. Mit im Paket waren auf Vorschlag der Betriebsräte auch die Summen aus übertariflichem Weihnachtsgeld und Individueller Einmalzahlung.

Bereits Anfang 2004 hatte der Gesamtbetriebsrat ohne Not die Konditionen für VEKT verschlechtert. Monatliche Vorauszahlungen wurden abgeschafft, die Maßtabelle für den

Unternehmenserfolg (Brutto-Cash-Flow) in der die kaum zu verbessernden Konzernzahlen stehen, wurde verändert und die Staffelung zusätzlich verschlechtert. Deshalb war zu erwarten, dass das zu verteilende Geldvolumen für 2004 geringer werden würde.

Über die Auszahlung der übertariflichen Jahresprämie in 2004 will der Bayer-Holding-Vorstand in Kürze entscheiden. Es wird erwartet, dass

Fortsetzung auf den nächsten Seiten ->

Fortsetzung Titelseite:

## Verschobene Verkündigungen

selbst nichts zu befürchten hat, und dem die Sorgen und Ängste der Beschäftigten schnuppe sind.

Viele Kolleginnen und Kollegen sind sehr besorgt, nicht nur über die eigene Zukunft. Sondern sie verfolgen auch die Demontage von Arbeitsplätzen bei Daimler-Chrysler, Karstadt oder aktuell Opel (General Motors). Sie sorgen sich um die Entwicklung der Gesellschaft, aus der mehr und mehr Menschen ausgegrenzt und an den Rand gedrängt werden, und den zunehmenden Rechtstrend bei Wahlen. Das scheint die Manager, die nach früheren Fehlentscheidungen mit dicker Kohle als Abfindung den nächsten Job antreten, und dort weiter Arbeitsplätze abbauen, nicht zu kümmern. Auch die Politiker erfreuen sich an ihren kleinen Wahlerfolgen oder geringer ausfallenden Verlusten, anstatt ihrer Verantwortung für die Gesellschaft gerecht zu werden.

### Wie ein Kaninchen vor der Schlange – Nein danke!

Diesem Trend haben die Opel-Arbeiter in Bochum ihre Wut und ihren Widerstand entgegengestellt.

### Sie wollen nicht wie ein Lämmchen zur Schlachtbank geführt werden.

Sie pochen auf ihre Würde als Menschen und wehren sich gegen die Herabsetzung zum Kostenfaktor im Globalisierungspoker ihres Weltkonzerns. 50.000 GM-Arbeiter, ihre Familien und viele Andere haben am 19. Oktober europaweit ein eindrucksvolles Beispiel an Solidarität gegeben.

Die Belegschaftsliste hat den Kollegen in Bochum ebenfalls ein Solidaritätsschreiben übermittelt und war mit Vertretern bei der Demo und am Werkstor dabei. Wir halten es für wichtig, betriebsübergreifend Solidarität zu demonstrieren, weil wir vereint einfach stärker sind.

Fortsetzung Titelseite:

## VEKT Zahlungen

Summen über 50 Euro zum 15. Dezember ausgezahlt werden, geringere Summen sollen mit dem Dezembergehalt angewiesen werden. Zukünftig wollen Bayer bzw. die Teilkonzerne jährlich entscheiden, ob es eine übertarifliche Jahresprämie noch gibt. Die Signale zu einer neuen VEKT-Regelung sind vielschichtig. So möchte das Unternehmen mit den Betriebsräten eine Fortführung von Zahlungen mit Abhängigkeit von Unternehmenserfolg und persönlicher Leistung vereinbaren.

Die Details dafür sind noch zu verhandeln. Bayer möchte den Unternehmenserfolg der Holding und der Teilkonzerne/ Servicegesellschaften verschieden berücksichtigen. Welcher Wert das Maß der Dinge sein wird, ist derzeit unklar. Auch das Beurteilungssystem könnte sich ändern. Dabei sind sowohl mehr als auch weniger Beurteilungstufen in der Diskussion.

Was bleibt, ist die Erkenntnis, dass Entgeltzuwächse immer neu zu erkämpfende „Nasenfaktoren“ sind. In der Logik passt es auch, dass die Regelungen zu Individuellen Einmalzahlungen nahezu unverändert bleiben sollen. Denn auch diese Zahlungen werden von den Vorgesetzten nach Gutdünken und nach Vorgaben von Oben vergeben.

Ob aber überhaupt eine Zahlung erfolgt hängt von Faktoren ab, die der Arbeitnehmer nicht beeinflussen kann (z.B. Brutto Cash Flow)

Wir kritisieren nicht, dass gute Leistungen auch mit zusätzlichen

Prämien honoriert werden, aber ein planbares und stetig höheres Entgelt hätte das Ziel der Betriebsräte sein müssen.



## Übertarifliche Jahresprämie

Neben der Tariflichen Jahresprämie von 95% des durchschnittlichen Jahreseinkommens (Jan. - Okt. des laufenden Jahres) hatte das Unternehmen in der Vergangenheit auch von übertariflichen Gehaltsbestandteilen eine Jahresprämie gewährt.

Berechnungsgrundlage hierfür waren z.B. VEKT - Zahlungen, übertarifliche Zuschläge (z.B. erhöhte Nachtschichtzulage in 5-Schicht), Vollkontiprämie, etc.) in den Monaten Jan. - Sept. des laufenden Jahres.

## VEKT

Die auszuschüttende Summe wird nach der Tabelle des BCF des Bayer-Konzerns ermittelt. Bayer stockt den Topf auf um die Summe der bisherigen übertariflichen Jahresprämie. Es bleibt bei der Einmalzahlung im April des Folgejahres.

## IEZ (Individuelle Einmalzahlungen)

Auf Vorschlag des Vorgesetzten konnten gute Leistungen mit Sonderprämien bis zur Höhe eines Monatsgehaltes als IEZ vergütet werden. Die IEZ wurde zuletzt komplett in DEGEF-Anteilen ausgeschüttet. Der Gesamtopf im Unternehmen in Höhe von 2 Mio Euro bleibt erhalten. Die Summe wird wie bisher auf Abteilungen und Betriebe sowie Tarifmitarbeiter und LM anteilmäßig umgelegt.

**Betriebsräte der Belegschaftsliste:** V.i.S.d.P. Margot Kellermann, Friedrich-Ebert-Straße, Haan

**Klaus Annuß**, PH-OP ELB WP Ö+S, Geb. 52, Tel. 7307;  
**Gonda Dörschelln**, PH-OP ELB QW, Geb. 25, Tel. 2816  
**Siegbert Hufschmidt**, Betriebsrat, Geb. 54, Tel. 7543  
**Björn Reitz**, PH-OP ELB QW, Geb. 11, Tel. 2765  
**Beatrix Sassermann**, PH-R EU SID, Geb.459, Tel. 4284

**Michael Schmidt-Kießling**, Betriebsrat, Geb.54, Tel.2546  
**Gabi Stallony**, PH-R EU-CF (CWL), Geb. 460, Tel. 5519  
**Gerd-Peter Zielezinski**, PH-OP-ELB Betr. 4/6 ,Geb 9, Tel. 2567  
*Erste Ersatzmitglieder:*  
**Ralf Hochwald**, PH-OP ELB WP TR, Geb. 90, Tel. 7345  
**Hilburg Konopka** PH-R AI 3, Geb. 405, Tel. 8204

Die Belegschaftsliste im Internet: [www.belegschaftsliste.de](http://www.belegschaftsliste.de)



# Keinen Fußbreit den Faschisten

Die Nazis haben im Saarland aus dem Stand und ohne dass sie über organisatorische Strukturen verfügen 4% der Stimmen erhalten. In Sachsen ist die NPD mit jetzt 9,2 % in den Landtag gewählt worden und in Brandenburg kam die DVU auf 6,1 %.

Es ist natürlich richtig, dass es auch eine Konsequenz der elenden und Elend erzeugenden Politik der neoliberalen Einheitspartei ist. Wenn es in den letzten Wochen aus Bundesregierung und Opposition tönt, wer gegen Hartz IV mobilisiere, stärke die Rechten, dann ist das die Methode, nach der der Ein-

brecher schreit: „Haltet den Dieb!“ Immer schon war es Teil etablierter Politik in der Bundesrepublik, mit Themen und Agitation der rechtsradikalen Politik zu machen. So wurde Anfang der 90er Jahre das Asylrecht weitgehend abgeschafft, so errang Roland Koch seinen ersten Wahlsieg. Aber es wäre fatal, es sich so einfach zu machen wie die Gegenseite, schlicht mit dem Finger zu zeigen und sagen: „Ihr seid schuld!“

## Nazis sind in Deutschland nicht nur irgendeine Protestpartei.

Sie vertreten eine Gesinnung, die bei Teilen der Bevölkerung Zustimmung findet. Aktuell treten sie vor allem im Osten, aber auch bei uns, mit zwei Gesichtern auf. Auf den Demos „in weißen Hemden mit Schlips“, wie Antifaschisten aus Gera schreiben, um „ihre menschenverachtende Ideologie zu kaschieren“. Das sind „dieselben

**Vielen Dank an alle, die mit Ihrer Spende das Erscheinen dieser Zeitung ermöglichen. Unsere Konto-Nr.: 4760625, Commerzbank Wpt., BLZ 33040001, Kennwort : Hochwald/Belegschaftsliste**

Nazis, welche zu vierzigst auf zwei Flüchtlinge aus dem Irak losgingen und diese verletzten. Auf den Geraer Montagsdemos laufen dieselben Nazis mit, die im Laufe der vergangenen Wochen in Gotha und Altenburg für den national-sozialistischen Massenmörder Rudolf

Aus der Serie :

## Perspektiven für den Osten



Keine Sorge! Auch diese NPD-wählenden Jugendlichen ...

Hess einen Gedenkmarsch veranstalteten und die auch in Gera offen nazistische Propaganda verbreiten. Die scheinbar adretten Jugendlichen, die sich stets darum bemühen, ruhig und unscheinbar von den MontagsdemonstrantInnen akzeptiert zu werden, stehen für

dieselbe Ideologie ein, die Jugendliche vor eineinhalb Jahren dazu veranlasste, Molotow-Cocktails auf das Flüchtlingsheim in Greiz zu werfen sowie im Januar 2004 einen Spätaussiedler in Bieblach-Ost auf bestialische Weise zu ermorden. Und in unserer Nachbarstadt Schwelm sitzt der Schläger und Volksverhetzer Crämer nett und adrett im dortigen Stadtrat.

**In aller Klarheit müssen wir den Generalangriff der Bundesregierung auf die Lebensverhältnisse der Menschen zurückweisen** und dürfen es nicht den Nazis überlassen, hier die deutlichste Sprache zu sprechen.

Aber gleichzeitig müssen wir klar machen, dass uns nichts, aber wirklich gar nichts, mit dem rechten

Gesindel verbindet. Deutlich und unmissverständlich muss unsere Solidarität allen gelten, darf Spaltungen in „Ausländer“ und „Deutsche“ so wenig hinnehmen wie in Ost und West.

## Betroffen sind die Schwächsten

Migrantinnen und Migranten sogar in besonderer Weise.

Hier kommt unserer Meinung nach den Schulen, Universitäten und Ausbildungsbetrieben eine wichtige Rolle zu, da gerade bei den Erstwählern die Rechtsextremen mehr als 20% abkassierten. In einer Situation, in der unsere so genannten großen Volksparteien jeden Stimmenverlust als Sieg umdeuten, das Abstrafen der Wähler nicht mehr zur Kenntnis nehmen können oder wollen und erbarmungslos ihren Politikstreifen weiter durchziehen, muss es Stellen geben, die den Jugendlichen zuhören, mit ihnen reden und sie ernst nehmen.

Die Belegschaftsliste richtet unter [www.belegschaftsliste.de](http://www.belegschaftsliste.de) ein so genanntes geschlossenes Forum ein, in dem ein Diskussion zu dem Thema Rechtsextremismus stattfinden kann.



...werden irgendwann mal erwachsen !!

## Hartz-Splitter

„Das Arbeitslosengeld II reicht, um nicht nur ein menschenwürdiges, sondern auch ein gutes Leben zu führen.“

Bundesjustizministerin Zypries (SPD) am 10.09.04 in der Sächsischen Zeitung

Mit 1000 Euro lässt sich gut leben Vom Kölner Institut für deutsche Wirtschaft (IW) wurde diese These ebenfalls propagiert. Das IW sprach von 978 € und verknüpfte dies noch mit der provokativen Forderung, dann gleich nur noch 50 Cent Mehraufwandsentschädigung zu zahlen. Kölner Express 18.08.04

## Antwort auf den Diskussions-Forum-Beitrag

Hallo,  
in Ihrem Infoblatt finden sich 2 Artikel, die meiner Meinung mit unüberlegten Forderungen unterlegt sind. Wir hätten gern unseren Lebensstandard so behalten wie er war. Aber dies ist einfach nicht mehr zu bezahlen. Es ist leicht gesagt, es soll eine Reform der Sicherungssysteme her, wie wärs denn mal mit konkreten Vorschlägen und Berechnungen an die Bundesregierung? Eine deutliche Arbeitszeitverkürzung geht doch total am gesellschaftlichen und wirtschaftlichem Leben vorbei. Steuergerechtigkeit will jeder, wo sind die Lösungen? Im zweiten Bericht geht es um den Sozialabbau. Auch hier sind die Forderungen alles andere als gelungen. Wir wissen alle das Reformen nötig sind, wenn diese Forderungen einträfen, hätten wir keine. Vielleicht sollte der Bund dann Insolvens anmelden. Dann bekommt keiner mehr etwas. Echt Klasse aussichten. Alles in Allem, zwei sehr enttäuschende Bericht. Da hätte ich von Ihnen mehr erwartet.

Meike 10.09.04

Obiger Beitrag wurde am 10.09.04 in das Diskussionsforum unter [www.belegschaftsliste.de](http://www.belegschaftsliste.de) geschrieben.

### Antwort:

Da wir wissen, dass es nicht nur der Schreiberin, sondern vielen Menschen in der Information und Diskussion und einer Positionierung um die Agenda 2010 und Hartz IV so geht, möchte die Belegschaftsliste auf Kernpunkte und deren Begründung eingehen und Alternativen aufzeigen um damit einen Beitrag leisten, die Diskussion zu versachlichen und wegzukommen von der weit verbreiteten Mentalität, „es geht nicht mehr anders“.

Dazu werden wir einzelne Punkte der „Reform“ und deren Begründung aufgreifen:

1. Der Bezug von Sozialleistungen wird erschwert oder eingeschränkt, die Leistungen gekürzt, abgeschafft oder privatisiert. Die Begründung: Der Sozialstaat kann diese Leistungen nicht mehr erbringen und die Zukunft muss gesichert werden.
2. Die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld wird gekürzt, Arbeitslosenhilfe abgeschafft. Die Zumutbarkeit von Arbeit wird verschärft und der Niedriglohnssektor muss ausgeweitet werden. Die Begründung: Es soll mehr Beschäftigung geschaffen werden.
3. Eine Steuerreform ist notwendig. Begründung: Es muss mehr Wachstum geschaffen werden.

**Die grundsätzliche Position der Belegschaftsliste** zu den drei Punkten ist, dass die Begründung falsch ist, die versprochenen Ziele werden nicht erreicht und die eigentlich notwendigen Reformen gar nicht angepackt werden.

Zu **Punkt 1** wird von der Politik behauptet, dass nur durch einschneidende Leistungskürzungen eine Rettung des Sozialstaates möglich sei.

Allen unabhängigen Sozialexperten (z.B. Johannes Steffen/Arbeitskammer Bremen) zufolge sind die Probleme nicht die Kosten unseres Sozialsystems - denn die sind längst nicht so gestiegen, wie von der Politik behauptet wird - sondern sind die fehlenden Einnahmen durch die konstant hohe Arbeitslosigkeit.

Die Belegschaftsliste meint, dass eine Reform des Gesundheitswesens jedoch trotzdem sinnvoll ist. Drei Vorschläge als Beispiel zu einer solideren Finanzierung: 1. alle BürgerInnen unseres Landes sollen in die Sicherungssysteme einbezogen werden. 2. soll sich die Berechnung der Arbeitgeberbeiträge an der betrieblichen Wertschöpfung orientieren. 3. muss das Gesundheitswesen von Privilegien und Monopolpreisen, zum Beispiel bei Arzneimittel, entlastet werden.

Zu **Punkt 2** wird behauptet, die Kürzung oder Streichung von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe würde mehr Beschäftigung schaffen. Bei rund 4,5 Millionen Dauerarbeitslosen und dem gegenüber ca. 300.000 offene Arbeitsstellen fragen wir uns, woher die Politik die Dreistigkeit hernimmt, diese Lügen ständig zu wiederholen.

Und durch die Schaffung eines Niedriglohnssektors werden nachweislich der Erfahrungen unserer Nachbarländer weitere Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt gestrichen und in Billigjobs umgewandelt. Die 1-Euro-Jobs werden nicht nur immensen Druck auf die ohnehin nicht hohen Einkommen im Gesundheitswesen ausüben, sondern sich auf das gesamte Lohn- und Gehaltsgefüge negativ auswirken.

Die Belegschaftsliste meint, um mehr Beschäftigung zu erzielen müsste die Binnennachfrage erhöht werden. Dazu sind entsprechende Entgeltabschlüsse notwendig. Ebenso halten wir eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Kaufkraftverlust für notwendig.

Zu **Punkt 3** wird von der Politik seit Jahren versucht (interessensabhängig von der Industrie) zu erklären, dass die deutsche Wirtschaft zum Beispiel von Lohnnebenkosten entlastet werden müsste, damit neue Arbeitsplätze entstehen.

Und ein Teil der deutschen Bevölkerung glaubt mittlerweile die Mär. Dass, wenn zum Beispiel die Zahnersatzkosten alleine vom Arbeitnehmer getragen werden, Arbeitsplätze geschaffen werden.

Untersucht man die Zahlen der letzten Jahre der deutschen Wirtschaft zum Beispiel zu direkten Investitionen im Ausland (1991 – 134 Mrd €; 2002 – 637 Mrd €) und zu Gewinn- (1991 – 11 Mrd €; 2002 – 126 Mrd €) und Vermögenseinkommen (1991 –

305 Mrd €; 2002 – 450 Mrd €), so kommt jeder, der sich etwas mit Betriebs- und Volkswirtschaft auskennt, zu dem Schluss, dass genügend Geld für Investitionen da wäre. Nur verschwindet das Geld ins Ausland, in Spekulationsgeschäfte oder wird sinnlos vom Management verpulvert, wie das jüngste Beispiel Karstadt-Quelle und viele, viele andere in der Vergangenheit (auch Bayer) bewiesen hat. Die Notwendigkeit nach weiterer finanzieller Entlastung der Wirtschaft kann eigentlich nur noch mit reiner Gier nach noch mehr Vermögen aber nicht mit irgendeiner Notsituation der deutschen Wirtschaft begründet werden.

Die Belegschaftsliste hat in der Vergangenheit mehrere Informations- und Diskussionsveranstaltungen zum Thema Sozial- und Arbeitsmarktpolitik durchgeführt. Wir sind offen und interessiert an weiteren Meinungen und Positionen. Wer zu weiteren Terminen zu diesem Thema eingeladen werden möchte, schreibe oder spreche uns kurz an. Auch Leserbriefe oder weitere Meinungen im Forum auf unserer Homepage sind herzlich willkommen.





**Nach der Meldung, dass die Firma Merck & Co den Blockbuster Vioxx vom Markt nehmen musste, haben wir uns entschieden, den ursprünglichen Artikel zu verschieben und auf die aktuelle Situation, dass schon wieder ein Massenmedikament offensichtlich für das vorzeitige Ableben tausender Menschen verantwortlich gemacht wird, einzugehen.**

Vioxx ist ein Medikament mit dem Wirkstoff Rofecoxib. Es ist bereits seit 1999 auf dem Markt. Eingesetzt wird es als Arthritis- und Schmerzmedikament. Im letzten Jahr erzielte das Medikament einen Umsatz von 2,5 Mrd. US Dollar.

Am 1.10.2004 wurde das Medikament Vioxx vom Unternehmen Merck & Co weltweit vom Markt genommen. Offizieller Grund ist eine Langzeitstudie, bei der bei Patienten ein erhöhtes Risiko nach längerer Einnahme wie Herzinfarkt oder Schlaganfall beobachtet wurde.

Auf das Risiko einer Übersterblichkeit wurde laut arznei-telegramm 9/2001 bereits Ende 1999 nach einer Zwischenanalyse aufmerksam gemacht. Aus Sicherheitsdaten, die der Hersteller Merck & Co am 13. Oktober 2000 bei der US – amerikanischen Gesundheitsbehörde FDA eingereicht hat, geht hervor, dass schwere thrombotische kardiovaskuläre Ereignisse insgesamt, darunter Herzinfarkt, instabile Angina pectoris, Herzstillstand, plötzlicher Tod oder ischämischer Schlaganfall bei Patienten unter Rofecoxib signifikant häufiger vorkommen.

Nach dem Rückzug des Medikamentes wurde in den USA eine Sammelklage eingereicht, in Deutschland sind Schadensersatzklagen in Vorbereitung.

Die Belegschaftsliste ist sich bewusst, dass selbst die Diskussion zu einem solchen Thema von einigen Beschäftigten als „Nestbeschmutzung, Arbeitsplatzgefährdung und Schlimmeres“ eingestuft wird - noch allzu gut haben wir die öffentliche Reaktion z.B. der IG Chemie und einiger heute nicht mehr bei Bayer tätigen „Führungskräfte“ zur Lipobay – Diskussion in Erinnerung. Trotzdem werden wir auch in Zukunft über solche Skandale informieren und unsere Position dazu veröffentlichen.

Denn den Schaden haben zurzeit immer die Selben:

- ☛ Patienten, im guten Glauben ihre Schmerzen und Leiden zu lindern wird ihr Leben noch mehr erschwert.
- ☛ Beschäftigte der jeweiligen Unternehmen. Sie verlieren ihre Arbeitsplätze, weil auf Grund einer

Geschäftspolitik, in der nur noch auf möglich viel und schnellen Gewinn und die Aktienmärkte geschielt wird, tausende von Arbeitsplätzen wegrationalisiert werden.

### Die Belegschaftsliste fordert:

- eine Abkehr von der nur noch Gewinnorientierten Forschung und Entwicklung hin zur stärkeren Gewichtung von ethischen Fragen.
  - ein weltweit funktionierendes, von den Herstellern wirklich unabhängiges Zulassungs- und Kontrollsystem.
  - Bevor ein Medikament auf den Markt gelassen wird, muss durch entsprechende Studien dessen Wirksamkeit und Nebenwirkungen gegenüber unabhängigen Fachleuten dargelegt werden.
  - Es darf nicht sein, dass die Möglichkeit zugelassen wird, ein Medikament trotz bekannter, gravierender Gesundheitsbedenken auf den Markt zu lassen.
  - Ein offensichtlich fahrlässiges Vorgehen sollte unserer Meinung nach strafrechtlich verfolgt werden können.
- Leserbriefe oder andere Meinungen zu diesem Thema nehmen wir gerne auf.



Termine – Termine – Termine - Termine		
27.10.2004, 19.00	„No a la repression!“, Kolumbien – Veranstaltung, Ver.di, Grünstr.30	
30.10.2004	„Weltspartag“ – bundesweite Aktionen gegen Sozialabbau	
30./31.10.2004	Belegschaftslisten – Seminar	
06.11.2004, 12.00	Bundesweite Demo gegen Sozialabbau, Nürnberg, Lorenzkirche	

## Wahlsplitter

### Saarland-Wahl

Mit einem Minus von 21 Prozent gegenüber 1999 waren die Verluste der SPD bei den gewerkschaftlich organisierten ArbeitnehmerInnen besonders krass. Überdurchschnittlich hoch ist dagegen der Stimmenanteil mit 9 Prozent, den die rechtsradikale NPD in dieser Gruppe gewinnen konnte. „einblick“ 16/04, DGB

### Rechtsextreme im sächsischen Landtag

Die NPD hat bei Landtagwahl 9,2 Prozent der Stimmen geholt – nach 1,6 Prozent bei der vergangenen Wahl im Jahr 1999. In einigen Wahlkreisen bekamen die Rechtsradikalen sogar doppelt so viele Stimmen wie die SPD. MDR 19.09.04

### Touristen sagen nach NPD-Wahlerfolg ab

In der Sächsischen Schweiz klagen Hoteliers nach dem NPD-Wahlerfolg über Stornierungen. Auf einem Krisengipfel wollen sie Konsequenzen beraten. MDR 22.09.04

### Rechtsextreme - NPD sitzt im Landtag von Dresden.

Ihr Wahlergebnis ist auch eine Folge einer geänderten Strategie in der rechten Szene: Populistische Parolen, mit denen Wut und Ängste der Bürger angesichts der rot-grünen Reformen aufgegriffen und geschürt werden. In Sachsen ging dieses Konzept auf. Berlin Online 20.09.04

### Berufsschullehrer kandidiert für die Republikaner

Jahre unentgeltete der ehemalige Berufsschullehrer Pohlmann am Haspel in Wuppertal Berufsschüler. Ebenfalls seit Jahren ist sein Engagement für Rechtsextreme Parteien bekannt. Bei den Kommunalwahlen 2004 kandidierte er für die Republikaner.

### Wahlerfolge der Rechtsextremen

Noch am Wahlabend verkündeten die Kommentatoren, dass die Erfolge der NPD und DVU nicht überbewertet werden dürften. Die NPD hätte schon in vielen Landtagen gegessen und sei bald wieder verschwunden. Doch diese Einschätzung greift zu kurz. So hat die NPD gegenüber der letzten Kommunalwahl den Stimmenanteil fast verdoppelt. Selbst 9 % der Gewerkschaftsmitglieder wählen in Sachsen die NPD. „einblick“ 17/04, DGB

### NPD und DVU wollen gemeinsam antreten

Nach den Erfolgen bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg wollen DVU und NPD künftig enger zusammenarbeiten. Unter anderem wollen die rechtsextremen Parteien bei den Bundestagswahlen gemeinsam antreten. Bocholt-Borkener-Volksblatt 23.09.04

### Republikaner im Wuppertaler Stadtrat

Erstmals sind die Republikaner im Rat der Stadt Wuppertal vertreten. Die meisten Stimmen erreichten sie an der Liegnitzer Straße in Wichlinghausen, eigentlich SPD-Hochburg (9,1%). WZ 20.09.04

# Rabenweg: Mieter sollen Wohnung kaufen

Im März 2002 wurde die BayWoGe mit allen Wohnungen an die THS Essen verkauft.

Für die Mieter und (ehemaligen) Bayer-Beschäftigten sollte sich nichts ändern.

Doch dass war ein Trugschluss. Bereits kurz darauf wurden die für Bayer vereinbarten Abschläge zum Mietpreisspiegel beseitigt, die Mieten wurden erhöht.

Jetzt wurde die nächste Runde eingeleitet: Die BayWoGe hat die Umwandlung der bisherigen Mietwohnungen der Mehrfamilienhäuser am Rabenweg, Nr. 40+42 in Eigentumswohnungen eingeleitet. Die

Teilungserklärung ist bereits im August 2004 erfolgt. Erst jetzt werden die Mieter informiert und vor vollendete Tatsachen gestellt.

Alle Mieter wurden angeschrieben, dass sie ihre gemieteten Wohnungen kaufen könnten und sollen sich hierzu bis zum Jahresende äußern.

## Was also tun?

- Müssen die Mieter darauf reagieren?
- Was kann passieren?
- Ist das alles rechtens?
- Wichtigster Rat: Ruhig bleiben, nichts überstürzen, abwarten.

Leider kann der Eigentümer, die THS, tatsächlich die Wohnungen zu Eigentumswohnungen umwandeln ohne die Mieter zu befragen. Eine Schutzklausel, die so etwas verbietet, wurde von Bayer beim Verkauf der Wohnungen nicht eingebracht.

Für einen Mieter gelten besondere Regeln. Der Mietvertrag gilt erst mal weiter. Der Eigentümer bleibt gleich, bis die Wohnung verkauft wird. Dann geht der Mietvertrag auf den neuen Eigentümer über, der Mieter bleibt in seiner gemieteten Wohnung. Findet sich ein Käufer, so kann dieser nur das Mietverhältnis kündigen, wenn er selbst (persönlich) in die

Wohnung einziehen möchte. Dies nennt man Kündigung auf Eigenbedarf. Und hierfür gilt dann eine Kündigungsfrist von bis zu 8 Jahren. Allerdings ist es wenig realistisch, dass sich derzeit Käufer für alle Wohnungen in den Häusern am Rabenweg finden, die dort selbst einziehen wollen. Der Wohnungsmarkt in Wuppertal bietet derzeit genügend andere freie Kaufobjekte.

## Kauf (k)ein Risiko?!

Interessant wird ein Kauf aus Sicht der Mieter also nur – wenn der Preis stimmt.



Wenn eine Wohnungsfinanzierung langfristig eine geringere Belastung als die derzeitige Miete verspricht, kann sich ein Kauf rechnen. Es empfiehlt sich immer mehrere, verschiedene Kreditinstitute rechnen zu lassen.

Beim Kauf ist Vorsicht angesagt: Mögliche Reparaturstaus, absehbare Kosten am Haus können die Rechnung versalzen. Denn ein Wohnungseigentümer ist zwingend anteilmäßig an allen Kosten beteiligt. Für Mieter gilt dies nicht. Auf Mieter können nicht alle Kosten der Instandhaltung / Reparatur abgewälzt werden. Wie alt ist die Heizungsanlage, wann wurde das Dach oder der Aufzug instand gesetzt? Deshalb ist bei der Kaufpreishöhe immer auf die möglichen Folgekosten zu achten.

**Wir fordern Bayer auf, besondere Konditionen für eine Finanzierung bereitzustellen. Dies sollte dem Unternehmen nach dem Verkauf der Werkwohnungen an die THS eine moralische Verpflichtung sein.**

**Wer nicht kaufen will, muss als Mieter wohnen bleiben dürfen. Und**

## Aufgebaut – Abgebaut – Umgebaut

- Gebäude 11, die PH 7 – Produktion mit Trasyolol wird jetzt nach Zustimmung des Fachausschusses im Betriebsrat elektronisch abgeschottet – weil angeblich die Gefahren und die Sicherheitsanforderungen größer geworden sind.
- Die Arbeitssicherheit verabschiedet sich teilweise aus Gebäude 54 und bezieht ein Büro in Geb. 431 im Untergeschoss.
- Die seit einigen Wochen neu eingebaute Spülstrasse in Gebäude 514 läuft immer noch nicht so wie gewollt. Dafür hat man aber die Personalstärke schon einmal so angepasst, als wenn sie einwandfrei laufen würde. Und stellt ab und zu Leiharbeiter ein.
- In Gebäude 52 wurden jetzt die Fenster ausgetauscht – die dort Beschäftigten erfreuen sich seitdem über die ungestörte Fernsicht direkt aus den Toiletten auf Schwebbahn und gegenüberliegende Gebäude.
- Die Umbaumaßnahmen in Geb. 405 wurden gestoppt, die Planungsarbeiten dazu jedoch fortgeführt. Ein Zusammenhang mit der Rationalisierungsuntersuchung durch Catenion soll es nicht geben.
- Jetzt hat die Stadtparkasse Wuppertal am Pfortner im Forschungszentrum und an Gebäude 308 in Elberfeld Geldautomaten installiert. Ursprünglich war dieser Superservice für Mitarbeiter vom Werksleiter durch die Firma Degussa – Bank angekündigt. Unser Chemiepark scheint mit Urgewalt zu kommen, oder?

